

Kreisverband *DIE LINKE*. Krefeld eröffnet mit Niema Movassat (MdB) das Büro in der Alten Linner Straße

Bei schönem Wetter mit dem ungewohnten Bild von Biertischen auf der Alten Linner Straße eröffnete *DIE LINKE*. Krefeld zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Niema Movassat ihr Büro. Niema Movassat erklärte, dass er hier Veranstaltungen durchführen wolle und für die Bürgerinnen und Bürger zu sprechen sei. Er freute sich auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Kreisverband.

Der Kreisverband der Partei *DIE LINKE* in Krefeld ist froh, endlich eigene Räume zu haben. Im Vorfeld hat es unter den Mitgliedern eine Abstimmung zur Namensnennung des Büros gegeben. Die Mitglieder entschieden sich für die Krefelder Antifaschistin und Spanienkämpferin Magdalena Jans, genannt Lenchen. Der Raum trägt nun ihren Namen. *DIE LINKE*. Krefeld hatte vor der Eröffnung bereits einen Teil der Bibliothek Fritz Nolls (s. Ausgabe Mai) abgeholt. Sie wurde ihr von der Witwe Edith Noll vermacht, worüber sich Vorstand und Mitglieder sehr gefreut haben.

Über 50 KrefelderInnen – darunter etliche Nichtmitglieder – waren der Einladung gefolgt. Neben dem ALZ und dem Bündnis für Toleranz und Demokratie waren die Landtagsabgeordnete Anna Conrads, das Landesvorstandsmitglied Azad Tarhan, die beiden Ratsherren Joachim Gabriel und Basri Cakir, die Bezirksvertreter Stephan Hagemes (Sprecher *DIE LINKE*. Krefeld) und Johannes Enders, attac, die Grünen, Pastor Schmidt mit seiner Frau, die VVN, die DIDF, Ruth und Helmut Wolf (Tochter und Schwiegersohn von Aurel Billstein) und die DKP vertreten. Die Sozialdemokraten und ver.di hatten sich entschuldigt. Der Kreisverband Viersen war mit einigen GenossInnen vertreten.

In den Grußworten wurde der Wunsch geäußert, dass *DIE LINKE* in



Krefeld mit ihrem Büro das politische und kulturelle Leben in Krefeld bereichern möge.

Die Kreissprecherin Heidrun von der Stück berichtete einiges aus dem politischen Leben Lenchen Jans und sprach über die Pläne, die die Partei mit diesen Räumen hat. Es sollen neben den ohnehin stattfindenden politischen Veranstaltungen offene Diskussionsabende, Frühschoppen, Lesungen, Musik, Vorträge angeboten werden.

Ganz besonderen Wert legt die Partei auf die Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen in Krefeld.

Für das leibliche Wohl war gesorgt. Kühles Bier vom Fass, roter und weißer Wein, nichtalkoholische Getränke, Lauchsuppe, Salate, Quiche,

Käse, Frikadellen hoben die Stimmung.

Höhepunkt des Abends war der musikalische Vortrag von Rita Suermond. Fast genau am 75. Jahrestag des Franco-Putsches sang sie Lieder aus dem Spanischen Bürgerkrieg und ein Lied von Hannes Wader. Jacky Jacobi van Beek hat eine Tonaufzeichnung von einem Interview mit Lenchen Jans mitgebracht, so dass wir Lenchen an diesem Abend original hören konnten. Auch Wolfgang Herbrandt hatte mit dem Hinweis auf das Buch über sieben Spanienkämpferinnen aus sieben verschiedenen Ländern, darunter Lenchen Jans aus Deutschland, zur Vorbereitung beigetragen. Die letzten Gäste gingen nach elf, es war eine gelungene Eröffnungsfeier.
hvs

Inhalt

Seite 3:

„Schulkonsens“ von SPD, Grünen und CDU

Seite 4:

DIE LINKE empört über Krefelder Kontakte zur "Colonia Dignidad" / *DIE LINKE* kämpft für Frieden und mobilisiert gegen den Afghanistangipfel in Bonn / Norwegen: Rechtspopulismus ist Wegbereiter für Hass und Gewalt

Seite 5:

Hundert Jahre Antikriegstag

Seite 6:

Christliche Kapitalismuskritik in Krefeld / Her mit dem Sozialticket

Seite 7:

Schulanfang – Freudentag für die Kinder oder Beginn der Ausgrenzung?

Seite 8:

Vermischtes / Impressum

Fotoimpressionen von der Eröffnung unseres Büros in der Alten Linner Strasse am 15. Juli 2011



Niema Movassat, MdB,
begrüßt die
Krefelder LINKE

Heidi Matthias von
Bündnis 90/Die Grüne Krefeld
spricht Grußworte



(von links nach rechts) Rita Suermond,
Lutz Schröter, Heidi Matthias
beim angeregten Plaudern

„Schulkonsens“ von SPD, Grünen und CDU führt zu einer weiteren Zergliederung unseres Schulsystems

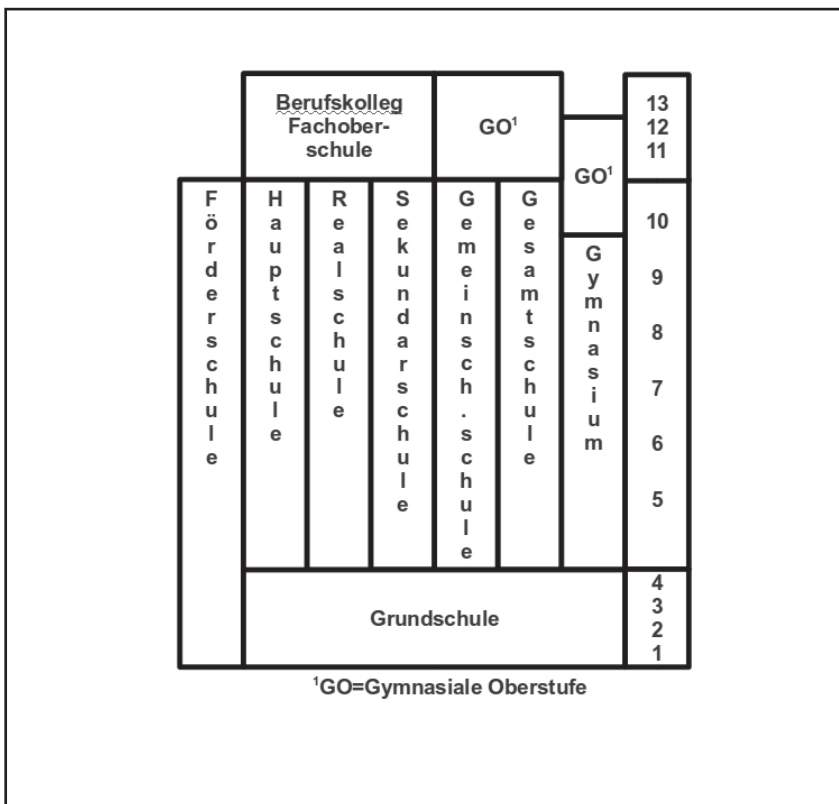
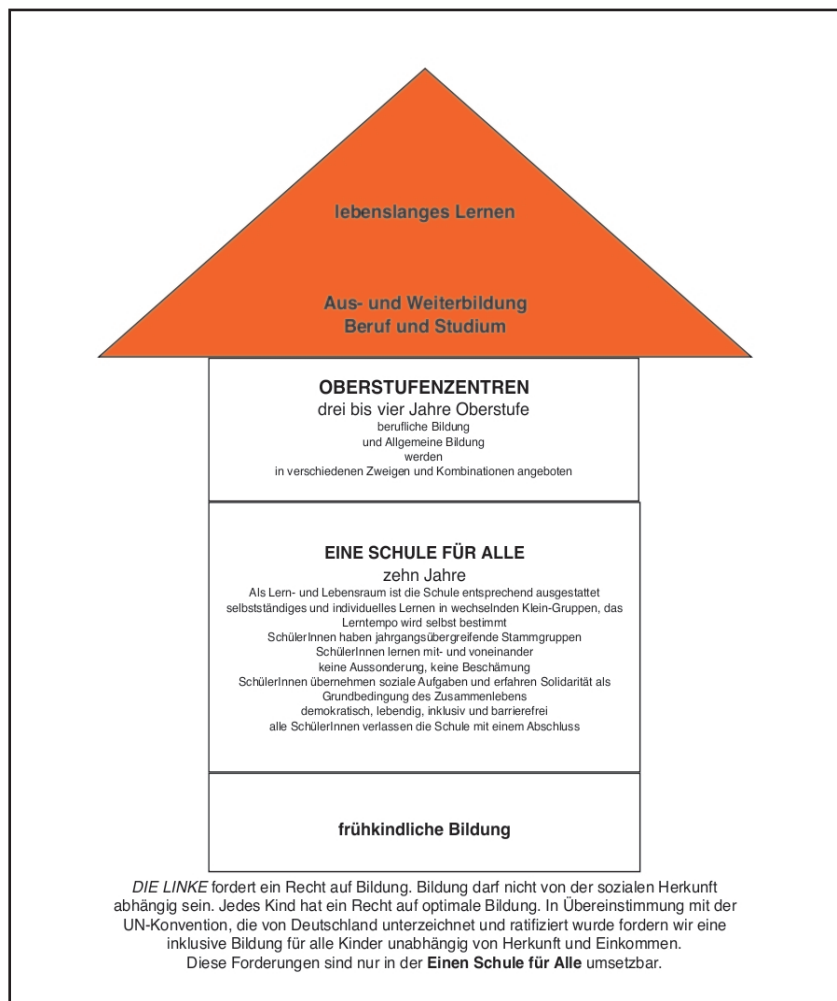
Aus dem fünfgliedrigen Schulsystem in NRW ist durch den Schulkonsens nun ein siebengliedriges Schulsystem geworden. Fortschrittlich sollte die Bildungspolitik in NRW werden, so versprochen es SPD und Grüne vor den Wahlen. Nun gibt es einen Schulkonsens – geschlossen zwischen SPD, den Grünen und der CDU, der die Zergliederung fest schreibt. Die CDU hat ihr Ziel erreicht. Der Vertrag soll zwölf Jahre gelten, wir behalten also ein unsoziales und selektives Schulsystem.

Unser Schulsystem war und ist ein Relikt aus dem 19. Jahrhundert. Es sortierte die Kinder nach ihrer Herkunft und bot für die Kinder aus den entsprechenden gesellschaftlichen Schichten spezielle Bildungsgänge: die höhere Bildung (Gymnasium oder höhere Schule), die mittlere Bildung (Mittelschule – heute Realschule) und die Bildung für das „Volk“ (Volksschule – heute Hauptschule). Die soziale Herkunft wurde so manifestiert. Bis auf Österreich und Deutschland gibt es diese Gliederung in ganz Europa nicht mehr.

Unmittelbar nach der Wahl 2010 wurde in NRW die Gemeinschaftsschule als Schulversuch eingeführt.

Nach dem Scheitern des Schulversuchs durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts in Münster im Juni 2011 hat die rot-grüne Koalition sich von der CDU unter Druck setzen lassen, die Wahlversprechen über Bord geworfen und einen sehr merkwürdigen „Schulkonsens“ vereinbart. Das Gymnasium wird in der Landesverfassung verankert, Haupt-, Realschule und Gesamtschule bleiben. Die Förderschulen werden trotz der unterschriebenen und ratifizierten UN-Resolution zur Inklusion von behinderten Kindern nicht abgeschafft. Die Gemeinschaftsschulen, die bereits genehmigt sind, erhalten Bestandsgarantie, und NRW erhält als neuen Schultyp die Sekundarschule. Die wiederum kann integriert, teilt integriert oder kooperativ geführt werden. Im Grunde sind dies noch einmal drei verschiedene Schultypen, die das Chaos noch größer machen.

Das NRW-Schulsystem wird also weiterhin unsozial und selektiv bleiben, auch wenn Gesamtschulen nun leichter gegründet werden können, und die Verringerung der Klassenfrequenzen in der Sekundarschule zu begrüßen ist. Die versprochenen Veränderungen sind leider ausgeblieben,



Das Schulsystem in NRW nach dem Schulkonsens

weitere Generationen von Kindern müssen darunter leiden, dass sich die Lobby der Gymnasien durchgesetzt hat.

Aus der Salamanca-Erklärung der UNESCO-Weltkonferenz Juni 1994:

„Regelschulen mit .. inklusiver Orientierung (sind) das beste Mittel .., um diskriminierende Haltungen zu bekämpfen, um Gemeinschaften zu schaffen, die alle willkommen heißen, um eine integrierende Gesellschaft aufzubauen und um Bildung für Alle zu erreichen; darüber hinaus gewährleisten inklusive Schulen eine effektive Bildung für den Großteil aller Kinder und erhöhen die Effizienz sowie schließlich das Kosten-Nutzen-Verhältnis des gesamten Schulsystems.“

Und weiter heißt es:

„Das grundlegende Prinzip der inklusiven Schule ist es, dass alle Kinder miteinander lernen, wo immer möglich, egal welche Schwierigkeiten oder Unterschiede sie haben. Inklusiv-

ve Schulen müssen die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Schüler und Schülerinnen anerkennen und auf sie eingehen, indem sie sich auf unterschiedliche Lernstile und Lerngeschwindigkeiten einstellen. Sie müssen durch geeignete Lehrpläne, organisatorische Rahmenbedingungen, Unterrichtsmethoden und Materialeinsatz sowie durch Partnerschaften mit ihren Gemeinden hochwertige Bildung für alle sichern. Es sollte ein Kontinuum an Unterstützung und Dienstleistungen geben, um dem Kontinuum an besonderen Bedürfnissen zu entsprechen, dem man in jeder Schule begegnet.“

Es sind fast 20 Jahre seit dieser Konferenz vergangen und noch immer setzen sich die konservativen Kräfte durch, die das gemeinsame Lernen aller Kinder verhindern wollen! Ein Schulfrieden, was immer das auch sein soll, ist wichtiger als die Interessen und Bedürfnisse der Kinder.

(vds)

DIE LINKE empört über Krefelder Kontakte zur "Colonia Dignidad".

Zum Bekanntwerden, dass das Führungsmitglied der »Colonia Dignidad«, Hartmut Hopp, hier in Krefeld in Verbindung zum gemeinnützigen Verein „Freie Volksmission“, der auch in der Jugendarbeit tätig ist, steht, erklärt Gruppenvorsitzender und Ratsherr Joachim Gabriel:



Joachim Gabriel

„Seit Jahren sind die Kontakte von Mitgliedern der chilenischen »Colonia Dignidad« zur »Freien Volksmission« in Krefeld bekannt. Die »Colonia« gilt als ein Folterzentrum der faschistischen Pinochet-Regierung. Die »Colonia« wurde unterstützt von höchst-rangigen Nazis, die nach Südamerika geflohen waren. Opfer der »Colonia« bezeichnen sie als »Fortsetzung von Nazi-Deutschland« auf chilenischem Boden.

„Die jetzt bekannt gewordene Niederlassung des »Colonia«-Mitglieds Hartmut Hopp in Krefeld ist nur ein weiteres Indiz für die Ausrichtung der »Freien Volksmission«. Der Mediziner Hartmut Hopp wurde in Chile wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz verurteilt, nachdem ein umfangreiches Waffenarsenal in der »Colonia« gefunden worden war. Diese Strafe hat er verbüßt. Im Januar 2011 wurde er wegen sexuellen Missbrauchs zu fünf Jahren Haft verurteilt und bis zur Bestätigung der Rechtskraft auf freien Fuß gesetzt. Diese Zeit nutzte er für seine Flucht nach Krefeld. Hopp gehörte zur Führungsriege der »Colonia Dignidad« und soll in seinem »Chemielabor« in der »Colonia« für den chilenischen Geheimdienst Pinochets Gift- und Nervengase hergestellt haben. Hopp ist in Chile weiterhin angeklagt wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und wegen der Entführung und Ermordung von Menschen, die gegen das faschistische Pinochet-Regime Widerstand leisteten. Leiter der »Freien Volksmission« in Krefeld ist Ewald Frank. Er besuchte die »Colonia« in Chile. Inzwischen

durfte Ewald Frank wegen dieser Verbindungen nicht mehr nach Chile einreisen. Seine Lehren zielen auf ein geschichtliches Endziel, das in der Bibel prophezeit sei und das bevorstehe. Diese Vorstellung eines »Endziels« wird verbunden mit der Rettung der Auserwählten. Die »Freie Volksmission« unterhält in Krefeld ein großes Gemeindezentrum, eine eigene Druckerei und einen Vertrieb. Aus Krefeld werden weltweit unentgeltliche Schriften verschickt, in denen die Heilslehre der Sekte propagiert wird.

Im Schwarzwald besitzt die »Freie Volksmission« ein Ferienhaus. Regelmäßig finden »Jugendtreffen« statt, das nächste vom 22. bis zum 25. September 2011.

Wir halten es für unerträglich, dass diese Sekte ihr weltweit operierendes Zentrum völlig unbehelligt in Krefeld betreiben kann. Erst recht nicht hinnehmbar ist die »Jugendarbeit« der Sekte ohne irgendeine Nachfrage des Krefelder Jugendamtes.

Es bleibt bloße Augenwischerei, »Rechtsextreme« abzulehnen, die Propaganda der »Volksmission« aber zu tolerieren. Die ideologischen und personellen Verbindungen zu alten und neuen Faschisten sind allzu offensichtlich.“

Norwegen: Rechtspopulismus ist Wegbereiter für Hass und Gewalt

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht vom 24.07.2011

Zum Geständnis des norwegischen Attentäters erklärt Sahra Wagenknecht, Stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE:



Sahra Wagenknecht, MdB

Das Geständnis und die bisher bekannten Einlassungen des norwegischen Attentäters zeigen ein Weltbild, das von Hass auf Muslime, Linke und Andersdenkende geprägt ist und das die multikulturelle Gesellschaft als Feindbild ausmacht. Die Haltung, die sich beim Attentäter ins Fanatische gesteigert hat und zu der grauenhaften Tat in Oslo und Utøya geführt hat, lässt sich jedoch nicht als die eines rechtsradikalen Einzeltäters abtun. Der Bodensatz dafür wird durch Rechtspopulismus bereitet, der die Spaltung in der Gesellschaft immer weiter vorantreibt. Es ist kein Zufall, dass sich der Attentäter von Norwegen auch mit den Positionen von Sarrazin und Co. befasst hat.

Es ist naiv zu glauben, dass sich eine Tat wie in Norwegen in Deutschland nicht ereignen kann. Solange Rassismus und der Ablehnung einer offe-

nen und toleranten Gesellschaft nicht aktiv und klar entgegen gewirkt und solange es geduldet wenn nicht gefördert wird, dass sich rechte Positionen immer weiter ausbreiten, ist die Gefahr nicht gebannt.

Die schrecklichen Ereignisse von Norwegen müssen auch in Deutschland zu Konsequenzen führen. Rechtspopulismus darf nicht weiter akzeptiert und gesellschaftsfähig gemacht werden. Es ist außerdem höchste Zeit, endlich ein Verbotverfahren gegen die NPD und andere neonazistische Organisationen einzuleiten.

DIE LINKE kämpft für Frieden und mobilisiert gegen den Afghanistangipfel in Bonn

von Christine Buchholz (MdB, friedenspolitische Sprecherin der Linksfraktion)

Am 7.10.2011 jähren sich der Jahrestag des Afghanistankrieges und damit auch die deutsche Zustimmung zu diesem Krieg zum 10. Mal. Die Bundesregierung nimmt dieses traurige Jubiläum zum Anlass, um im Rahmen der internationalen Afghanistan Konferenz am 5.12. in Bonn, mit 90 Außenministerinnen und Außenminister und insgesamt 1000 Delegierten über das weitere Schicksal des Landes zu beraten.

Dort sollen die Weichen für einen angeblichen Truppenabzug und eine neue »Friedensperspektive« gestellt werden. Gefeierte werden soll außerdem die Übergabe der »Verantwortung an die afghanische Regierung«. Doch hinter diesen Worthülsen verbirgt sich nicht mehr als eine große PR-Show der NATO-Länder.

Die angekündigten Maßnahmen zur Afghanistan-Konferenz klingen gut, sind aber in doppelter Hinsicht Augenwischerei. So wird ein Truppenab-

zug bis zum Jahr 2014 verkündet, in Wahrheit will die NATO den Krieg bis 2014 ausweiten. Damit sind drei weitere Jahre Krieg und Zerstörung garantiert. Ab 2014 sollen laut NATO mindestens 50.000 ausländische Soldaten dort dauerhaft stationiert bleiben. Allein im aktuellen Haushaltsgesetz der USA sind für das Jahr 2014 750 Millionen Dollar für die Modernisierung, Ergänzung und Verfestigung der militärischen Infrastruktur der US-Armee vorgesehen.

Laut Bundesregierung wird eine »Übergabe« an die afghanische Armee, die »keinen Abzug« bedeute, nur stattfinden, »wenn es die Sicherheitslage erlaubt«, so Bundesaußenminister Westerwelle. Aber die Sicherheitslage verschlechtert sich permanent, gerade weil die NATO Krieg in Afghanistan führt. Wenn jetzt von der Übergabe gesprochen wird und der Eindruck eines beginnenden Abzugs suggeriert wird, ist

Fortsetzung Seite 8

Geschäftsstelle Ratsgruppe DIE LINKE

Von-der-Leyen-Platz 1 · 47798 Krefeld
Telefon: 02151 / 86 20 12, Fax: 02151 / 86 20 99
Öffnungszeiten: Dienstag und Donnerstag 15 - 17 Uhr

Mail: linke-ratsgruppe@krefeld.de
Internet: www.dielinke-ratsgruppe-krefeld.de

Hundert Jahre Antikriegstag

Zugegeben, der Titel führt etwas in die Irre, aber vor hundert Jahren fand in Berlin die bis dahin größte Friedensdemonstration im Deutschen Reich statt. In den 1920er Jahren entstand die Idee eines Antikriegstags, der seit den 1950er Jahren in Ost- und Westdeutschland am 1. September begangen wird.

Vor hundert Jahren fand in Berlin die bis dahin größte Friedensdemonstration im Deutschen Reich statt. 200.000 Menschen folgten am 3. September 1911 dem Aufruf der SPD „Gegen die Kriegshetze! Für den Völkerfrieden!“ zur Kundgebung im Trepower Park. Sie verhinderten leider nicht, dass drei Jahre später sogar die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion selbst von der Kriegsbegeisterung so erfasst war, dass sie sich hinter den Kaiser stellte und den Kriegskrediten zustimmte: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich“, erklärte der SPD-Vorsitzende Hugo Haase (entgegen seiner eigenen Überzeugung). Rosa Luxemburg resümierte:

„Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt, und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen.“

Am selben Tag marschierten bereits deutsche Truppen vom Rheinland völkerrechtswidrig in das neutrale Belgien ein, wo sie in den folgenden Wochen zahlreiche Kriegsverbrechen begingen. In Löwen brachten sie 248 ZivilistInnen um und brannten zahlreiche Häuser nieder, in Dinant ermordeten sie 678 Menschen, ein Sechstel der EinwohnerInnen der Kleinstadt.

Insgesamt werden bis Oktober 1914 allein in Belgien fast 6500 ZivilistInnen umgebracht – nicht wegen des belgischen Widerstands (den es nur vereinzelt gab), sondern aus „kollektiver Autosuggestion, wie er in einem modernen Heer seinesgleichen suchen dürfte“, so die irischen Historiker John Horne und Alan Kramer. Was mit diesen Verbrechen begann, wuchs bald zum ersten Weltkrieg. Nach dessen Ende riefen 1919 die Journalisten Karl Vetter, Carl von Ossietzky und Kurt Tucholsky zur Gründung des „Friedensbundes der Kriegsteilnehmer“ auf:

„Der Weltkrieg ist vorbei. Wenn er einen Sinn gehabt haben soll, kann es nur der gewesen sein, die Völker über den Aberwitz bewaffneter Auseinandersetzungen zu belehren. Auch solche gigantischen Lehren werden jedoch rasch vergessen. Es gilt, die Erinnerung an die Leiden, das Blut, den Schmerz, das unterdrückte Menschentum wachzuhalten. Vor allem müssen sich die Kriegsteilnehmer hierfür einsetzen. Sie wissen, was 'Krieg' heißt. Sie müssen daher mit allen Mitteln gegen den Krieg und für den Frieden kämpfen.“

Zur mahnenden Erinnerung an den Ausbruch des Weltkriegs organisierten sie mit der Nie-wieder-Krieg-Bewegung ab 1920 jährlich am 1. August eine Kundgebung. Immerhin 15.000 Menschen beteiligten sich im ersten Jahr, 1921 waren es bereits 200.000. Schließlich demonstrierten reichsweit bis zu einer halben Million Menschen am Antikriegstag.

Mit der Machtübergabe an Hitler wurde ab 1933 auch jegliche Frie-

denzbewegung unterdrückt, schon im Januar 1933 wurde die erste Liste verbotener Bücher erstellt, darunter viele pazifistische Schriften oder gleich Sämtliches von Autoren wie Kurt Tucholsky. Die 1892 gegründete Deutsche Friedensgesellschaft wurde zerschlagen. 1938 wurde noch einmal eine erweiterte Liste verbotener Bücher erstellt, zu der selbst kleinere Schriften wie das Jahrzehnte zuvor erschienene (immer noch lesenswerte) Bändchen „Die Frau und der Friede“ der Schweizer Pazifistin Clara Ragaz hinzukamen. Dass im folgenden Jahr der Krieg begonnen würde, war bereits absehbar. Auf persönliche Weisung Hitlers, „Der Angriff gegen Polen ist nach den [...] getroffenen Vorbereitungen am 1.9.39 um 4 Uhr 45 zu führen“, überfällt die deutsche Wehrmacht am Morgen des 1. September 1939 Polen. Es folgt der Zweite Weltkrieg mit Millionen Toten und noch schrecklicheren Kriegsverbrechen als zuvor, gipfelnd im systematischen Vernichtungskrieg. Nach dem Krieg ist diesmal nicht nur die deutsche Arbeiterbewegung gespalten, sondern auch der Staat. In der DDR wird ab Anfang der 1950er Jahre der 1. September als „Weltfriedenstag“ begangen. Im Westen ruft der DGB 1957 mit dem Slogan „Nie wieder Krieg“ aus den Zwanziger Jahren erstmals wieder zum Antikriegstag auf, ebenfalls für den 1. September. Monate zuvor waren Pläne des Bundeskanzlers Adenauer zur Stationierung von Atombomben in Deutschland bekannt geworden. Laut Umfragen waren 67% dagegen, dennoch wurde Adenauer – auch

unter geschickter propagandistischer Nutzung der Unterdrückung des antistalinistischen Aufbruchs in Ungarn im Herbst zuvor – am 15. September wiedergewählt. 1958 billigte der Bundestag mit den Stimmen von CDU und CSU die Stationierung von Atomwaffen. Tatsächlich befanden sich schon seit 1953 Atomwaffen auf US-Stützpunkten in Mainz, Nürnberg, Bamberg und Grafenwöhr. 1961, es war wieder Wahlkampf, legte Adenauer noch einen drauf: Vor 50 Jahren sprach er sich in einer Wahlkampfreden in Hannover ausgerechnet am 1. September jetzt auch öffentlich für eigene deutsche Atomwaffen aus. Die CDU verlor zwei Wochen später zwar ihre absolute Mehrheit im Bundestag, konnte aber dank FDP mit Adenauer weiter regieren.

Die großen Friedensdemonstrationen der 1980er Jahre gegen den von der SPD unter Helmut Schmidt mitgetragenen NATO-Doppelbeschluss fanden nicht am Antikriegstag statt, aber in gewisser Nähe zu diesem Termin. 300.000 Menschen demonstrierten am 10. Oktober vor 30 Jahren in Bonn, im Jahr darauf waren es eine halbe Million. Die letzte aus der Reihe der großen westdeutschen Friedensdemonstrationen war vor 25 Jahren ebenfalls im Oktober in Haselbach im Hunsrück. Aber auch bei den Demonstrationen gegen den Golfkrieg vor 20 Jahren gingen wieder Hunderttausende bundesweit auf die Straßen.

Darius Dunker, Redaktion Linksletter



Anlässlich des Tages der Befreiung vom Faschismus ehrten die Krefelder Antifaschisten die Opfer des Naziterrors auf dem Alten Krefelder Friedhof

Christliche Kapitalismuskritik in Krefeld

Ein persönlicher Bericht von der Veranstaltung „Soziale Gerechtigkeit und ein Leben in Würde...dafür lohnt sich noch zu kämpfen?!“

Das tat richtig gut! Der bekannte Sozialethiker und Jesuit Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach kam am 09.05.2011 nach Krefeld und sprach vor ca. 100 Zuhörenden Tacheles. Moderiert wurde die Veranstaltung vom bekannten Krefelder Priester Alber Koolen.

Prof. Hengsbach war vom Katholikenrat in der Region Krefeld/Meerbusch und vom Büro der Regionaldekane Kempen-Viersen und Krefeld in den Gemeindesaal der Pfarrgemeinde St. Thomas-Morus eingeladen worden. Solch de-facto linke Positionen wie seine sind dort wahrscheinlich eher selten zu empfangen.

Prof. Hengsbach kritisierte erfrischend deutlich das herrschende Wirtschaftssystem als kapitalistisch und stellte fest: „Zum Grundgesetz des Kapitalismus gehört die Entsolidarisierung!“ Diese lässt sich mit christlichen Grundsätzen nicht vereinbaren. Hengsbachs Kritik am Kapitalismus in der Bundesrepublik drehte sich um vier Punkte:

1. Der Sozialabbau. Diesen sieht Prof. Hengsbach im Arbeitslosengeld II („Hartz 4“) und dem allgemeinen Abbau der sozialen Sicherungssysteme.
2. Die fortschreitende ungerechte Verteilung der Vermögen.
3. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.
4. Der Regelabbau für die Finanzmärkte und damit deren weitgehend fehlende Kontrolle.

Hengsbach stellte hier den Zusammenhang zwischen diesem Ergebnis der falschen Regierungspolitik mindestens der letzten acht Jahre und der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 her. Er widersprach damit dem neoliberalen Märchen von den sog. „sich selbst regulierenden (Finanz-)Märkten“. Diese müssen sehr wohl durch die Politik geregelt werden.

Diese Kritikpunkte sind für mich als ein Mitglied der Partei DIE LINKE logischerweise nichts neues gewesen. Prof. Hengsbach war mir als kritischer katholischer Sozialethiker auch bereits bekannt. Dennoch war ich ein wenig über die Deutlichkeit seiner Rede positiv überrascht. Es kam aber noch besser.

Denn der Theologe beantwortete die Frage aus dem Titel der Veranstaltung mit einem klaren „Ja!“ Es lohnt

sich nicht nur für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, sondern es sei notwendig. Der Begriff „Kampf“ ist bei Hengsbach ernst zu nehmen. Ich zitiere ihn: „Man müsste eigentlich streiken für höhere Löhne, bessere Arbeit UND sozialere Politik.“ Damit hat sich Prof. Hengsbach u.a. für den politischen Streik ausgesprochen, denn ein Streik für „sozialere Politik“ wäre ein politischer Streik. Dies freut mich besonders, nicht nur, da DIE LINKE das politische Streikrecht fordert, welches nebenbei in weiten Teilen Europas längst durchgesetzt ist. Diese Forderung halte ich auch für die vielleicht wichtigste strategische Idee, um für menschenfreundlichere Zustände kämpfen zu können.



Professor Friedhelm Hengsbach

Prof. Hengsbach sprach sich ebenso für eine andere zentrale Idee aus, für die Solidarität. Ja klar, als Christ...aber es ging ihm auch um den konkreten Wert der Solidarität in der aktuellen Situation. Ohne Solidarität gibt es keine Chance, sich gegen die herrschende Politik zu behaupten. Prof. Hengsbach warb im Thomas-Morus - Gemeindesaal für ein Bündnis zwischen den Kirchen, Gewerkschaften und NGOs wie „attac“. Alleine könnten die Kirchen keine Verbesserungen durchsetzen: „Die Kirchen sind nicht kampffähig.“ („Wieviel besser steht es um die Kampffähigkeit der ArbeiterInnenbewegung heutet?“ musste ich in diesem Moment denken!)

Die Idee der Solidarität geht bei Hengsbach in eine emanzipatorische Richtung, da er sagte: „Solidarität muss von denen SELBST organisiert werden, die sie brauchen!“ Solidarische Selbstorganisation der vom Kapitalismus ausgebeuteten Menschen

- dieses radikal-demokratische Konzept befürworte ich seit mehr als 15 Jahren. Es war ein schönes Gefühl, hierin auch von einem bekannten katholischen Sozialethiker unterstützt zu werden.

Fazit: Ich hatte mich auf diese Veranstaltung im Vorfeld gefreut und sah mich mehr als bestätigt. Ich hoffe, der regionale Katholikenrat, bzw. die Regionaldekane oder auch andere Kirchen laden solch konsequente und engagierte Christen noch öfter nach Krefeld ein. Wäre Prof. Friedhelm Hengsbachs Position in der katholischen Kirche annähernd mehrheitsfähig oder sollte sie es einmal sein, hätten antikapitalistische Kräfte eine wichtige Verbündete.

Diese mit antikommunistischen Hetzkampagnen zu überziehen, dürfte den kapitalismustreuen Medien deutlich schwerer fallen, als z.B. bei der Partei DIE LINKE....
St.H.

"Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat."

So lautet die Überschrift eines Artikels vom FAZ Chefredakteur Frank Schirmacher der am 14. August in der Online-Ausgabe der FAZ.NET unter www.faz.net/-0229sx nachzulesen ist. Wir empfehlen mit vollem Herzen diese Lektüre.

Her mit dem Sozialticket!

Das angekündigte Ticket ist nicht das Sozial-Ticket, das wir meinen. Und das uns Anfang 2010 von der schwarz-grünen Koalition im VRR versprochen wurde. Nach langjährigem öffentlichen Drängen von sozialen Initiativen, Gewerkschaften und anderen soll unter der Bezeichnung „Sozialticket“ jetzt ein neues Monatsticket eingeführt werden, das knapp 30 € kosten wird.

Es ist schon erstaunlich, wie weit die beteiligten Verkehrsunternehmen sowie die Vertreter von SPD und CDU von der Lebenswirklichkeit der Menschen an Rhein und Ruhr entfernt sind. Sie jammern und schimpfen, drohen gar mit Boykott des Vorhabens, als ginge es um ihr ganz persönliches Portemonnaie. Ganz offenbar haben sie Angst, dass zu viele Betroffene das neue Angebot nützen könnten (!). Ein solches Verhalten sollte ihnen eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben!

Wo bleibt der soziale Auftrag der Verkehrsunternehmen?

Ist es wirklich nötig, sie noch einmal daran zu erinnern, dass in den monatlichen Regelsätzen nach SGB II (Sozialgesetzbuch II) und SGB XII keine 30 Euro für den öffentlichen Nahverkehr vorgesehen sind??? Sondern nur 15 Euro, also gerade mal die Hälfte des geplanten Ticketpreises? Und ist es wirklich nötig, sie daran zu erinnern, dass kommunale Verkehrsunternehmen auch einen sozialen Auftrag haben? Natürlich haben nicht sie die viel zu knapp bemessenen (gesetzlichen) Regelsätze zu verantworten.

Dennoch haben sie - und das ist für uns ein unverzichtbarer Teil der Daseinsvorsorge - im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Pflicht, auch Menschen mit geringem Einkommen zu befördern. Damit diese am allgemeinen Leben teilnehmen und ihre sozialen Kontakte pflegen können.

Mobilität - ein Luxusartikel? Mobilität ist kein Luxusartikel, schon gar nicht in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik. Solange Menschen - bedingt durch Niedriglohn, Erwerbslosigkeit oder zu knappen Renten - unter oder an der Armutsschwelle leben müssen, erwarten wir, dass auch ein vom VRR aufgelegtes „Sozialticket“ nicht hinter den Standards zurückbleibt, die während des Pilotversuches in Dortmund (2008 bis Anfang 2010) schon einmal gesetzt wurden. Die sonstigen Konditionen des geplanten Angebots sind halbwegs in Ordnung. Aber mehr als 15 Euro sind dafür nicht drin!

Fortsetzung Seite 7

In Dortmund haben wir erlebt, dass die Zahl der Sozialticket-Abonnenten massiv einbrach, als der Preis zum 1.2.2010 von 15 auf 30 Euro angehoben wurde: Die Zahl fiel von über 24.000 auf mittlerweile unter 8.000 Abo. Der erste Preis war ganz offenkundig halbwegs passend, der zweite nicht. Auf diesem Hintergrund zeugen die aktuellen Pläne des VRR von einer Ignoranz.

Was passieren wird, wenn es bei dem Preis von 30-Euro bleibt:

Das Angebot würde nur wenigen sog. „Vielfahrern“ unter den Berechtigten eine Entlastung bringen - in erster Linie Menschen mit niedrigstem Einkommen, die wegen ihres Jobs, der Teilnahme an einer Maßnahme o.ä. besonders stark auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind und sich deshalb schon früher zum Kauf einer Monatskarte (zum Normalpreis) entschieden haben. Für sie wäre das neue Angebot eine Ersparnis, für die meisten anderen der anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger wäre das Ticket nicht bezahlbar. Von daher würde mit dem neuen Tarif auch kaum zusätzliche Mobilitätsleistung erzeugt.

Wir wollen ein Sozialticket, das diesen Namen verdient!

Wir sind nicht damit einverstanden, dass eine Teilnahme am VRR-Sozialticket ins Belieben des jeweiligen Stadtrates bzw. Kreistages gestellt wird. Was ja bedeuten würde, dass letztlich der Wohnsitz der Betroffenen darüber entscheidet, ob das neue Tarifangebot auch für sie gilt oder nicht. Und wir fordern ein Sozialticket, das diesen Namen auch wirklich verdient! Wir werden keine Ruhe geben, bis auch die letzten Begriffsstutzigen im VRR begreifen, was wir meinen.

Dieser Aufruf wird unterstützt von:

Erwerbslosenfrühstück Düsseldorf
Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) Stadtverband Düsseldorf
Altstadt-Armeküche e.V., Düsseldorf
Dominikanerpater Wolfgang Sieffert OP, Gefängnisseelsorger (Düsseldorf)
Strassenmagazin fiftyfifty, Düsseldorf
initiative k, Düsseldorf
ATTAC Niederrhein
Initiative "Sozialticket Niederrhein Jetzt!"
DGB Region Ruhr-Mark, Bochum
Bochumer Sozialforum
Sozialforum Dortmund
Mieterverein Dortmund
Pro Bahn Dortmund
Bündnis 90/Die Grünen, KV Dortmund
Landesverband DIE LINKE.NRW
Dortmunder Ratsfraktion DIE LINKE
Linkes Bündnis Dortmund - Parteilose Linke, DKP und SDAJ

In jedem Jahr beginnt für unsere Kinder ein neuer Lebensabschnitt: Der Tag der Einschulung. Für die meisten Kinder ist die Einschulung ein Tag, den sie mit großer Vorfreude und Spannung erwarten; werden sie doch im Kindergarten und im Elternhaus entsprechend auf diesen Tag vorbereitet. Natürlich gehört zu diesem Tag auch die Schultüte. Sie gibt es seit 200 Jahren und Generationen von Kindern verbinden sie mit der Einschulung.

Jede Mutter oder jeder Vater, deren Kinder eingeschult worden sind, weiß, was jetzt folgt: Nicht nur die Befüllung der Schultüte muss bezahlt werden, man bekommt ja auch von der Schule eine Liste mit Dingen, die für die Einschulung notwendig sind. Wenn man Glück hat, enthalten diese Listen keine direkten Markempfehlungen, sondern nur die Gegenstände, die das Kind für die Einschulung benötigt. Trotzdem, die Kosten für die Einschulung eines Kindes summieren sich schnell auf mehrere hundert Euro.

Nach Angaben des Caritasverbandes für die Erzdiözese Bamberg¹ belaufen sich die Kosten für die Einschulung eines Kindes auf Euro 275,66. Hierbei ist die Schultüte mit Euro 20,00 noch ein relativ geringer Posten. Für viele Eltern mag dieser Betrag kein großes Problem sein, aber für viele Familien in unserem Lande offenbaren sich bei diesen Kosten große Probleme, besonders bei Kindern, deren Eltern von HartzIV betroffen oder Aufstocker sind.

Stellt doch das sog. Bildungs- und Teilehabepaket (BuT-Paket) der Bundesregierung insges. Euro 100,00

für das gesamte Schuljahr zur Verfügung. Jedes HartzIV-Kind oder Kind von Aufstockern bekommt zu Anfang des Schuljahres Euro 70,00 und zu Beginn des zweiten Halbjahres noch einmal Euro 30,00 zur Verfügung.

Zieht man von Euro 275,66 die Euro 70,00 des BuT-Paketes ab, bleiben immer Euro 205,66 übrig, die von den HartzIV-Familien aus dem Regelsatz zu bestreiten sind. Die Euro 70,00 werden aber erst nach Vorlage der Schulbescheinigung gezahlt. Diese Schulbescheinigung wird erst nach der Einschulung im Schulsekretariat ausgestellt.



Foto: Andreas Praefcke

Nun bleiben den betroffenen Eltern mehrere Möglichkeiten:

1. Mit den Euro 70,00 bei der Einschulung auskommen (Frage, wie das gehen soll, bei den verlangten Materialien)
2. Sich das nötige Geld irgendwoher zu leihen (Muss natürlich aus dem Regelsatz zurückgezahlt werden)
3. Bei Fördervereinen und caritati-

ven Einrichtungen betteln zu gehen

Die überwiegende Mehrzahl der Eltern in HartzIV werden sich das benötigte Geld von ihrem eigenen Regelsatz absparen. Entgegen vieler Äußerungen der Politiker spart die große Mehrheit der Eltern bei sich selber zum Wohle ihrer Kinder. Uns wird immer wieder beteuert, dass Bildung die wichtigste Ressource für unser Land ist. Nun frage ich mich, warum es sich unser Staat leisten kann, einen großen Teil der Kinder bei der Teilhabe an Bildung schon zu Beginn der „Schulkarriere“ auszugrenzen.

Wo bleiben hier die viel beschworene Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.

Diejenige, die immer wieder predigen, Leistung müsse sich lohnen, grenzen mit ihrer Politik eine große Anzahl von Kindern aus. Was nützen uns die Predigten vom lebenslangen Lernen, wenn Bildungschancen

„vererbbar“ sind und viele Eltern einfach nicht das Geld haben, ihren Kindern die gleichen Startchancen zu ermöglichen. Immer wieder hören wir das Wort von den „bildungsfernen“ Schichten, aber in Wahrheit sind es bildungsbenachteiligte Schichten. Kein Kind in unserem Staate kann sich seine Eltern bei der Geburt aussuchen. Deswegen muss in einem reichen Land wie dem unsrigen, wo in ganz kurzer Zeit Milliar-

den für die Rettung von Banken zur Verfügung gestellt werden, endlich ein Recht auf kostenlose Bildung für alle eingeführt werden. Sonst nehmen wir vielen Kindern die Chance, ein Leben in Würde zu führen!
M.B.

¹(Quelle: http://www.caritas-bamberg.de/aktuell/aktionen/petition_gegen_armut/einschulung.html)

das eine Beruhigungspille für die Bevölkerung in Deutschland, die den Krieg mehrheitlich ablehnt. Perspektivisch sollen die afghanische Armee und die Polizei für »Sicherheit« sorgen. Doch diese Sicherheitskräfte sind vielmehr eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung. Die NGO Oxfam hat hierzu eine Studie veröffentlicht. Ergebnis: Afghanische Sicherheitskräfte sind verantwortlich für zahlreiche Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, einschließlich Folter, willkürlichen Tötungen sowie Rekrutierung von Kindern. Mehrere zehntausend Polizisten sind ohne jegliche Ausbildung eingestellt worden.

Die NATO will zum einen den Fuß in der Tür in dem geostrategisch wichtigen Afghanistan halten und zum anderen um jeden Preis eine militärische Niederlage in Afghanistan vermeiden, weil das ihre Möglichkeit einschränken würde, weltweit ihre In-

teressen zu verfolgen. NATO und Bundeswehr in Afghanistan sind Teil des Problems, ein wirklicher Abzug ist die einzige richtige Antwort.

Die deutsche Friedensbewegung nimmt daher die Afghanistan Konferenz zum Anlass, um die kriegsführenden Staaten mit dem wahren Gesicht des Krieges zu konfrontieren. Im Rahmen einer bundesweiten Demonstration am 3.12. in Bonn und einem internationalen Gegengipfel am 4.12. soll ein starkes Zeichen für den Frieden und einen Abzug der Truppen gesetzt werden. Im Vorfeld wollen wir durch flächendeckende Veranstaltungen in den Kreisverbänden und einem bundesweiten, dezentralen Aktionstag am 7./8.10. den Grundstein für eine erfolgreiche Mobilisierung durch DIE LINKE legen. Du hast Lust dich an der Kampagne der Linken und der Mobilisierung zu beteiligen? Auf der Themenseite www.die-linke.de/afghanistan/ findest du Materialien. Kontakt: tim.herudek@dielinke.de



**„Was auch immer geschieht:
Nie dürft ihr so tief sinken,
von dem Kakao, durch den man
euch zieht,
auch noch zu trinken!“**

Politischer Fühlschoppen mit Niema Movassat, MdB Sonntag, 30. Oktober 2011 11:00 Uhr

**Wahlkreisbüro
Niema Movassat
Alte Linner Strasse 85
47799 Krefeld**

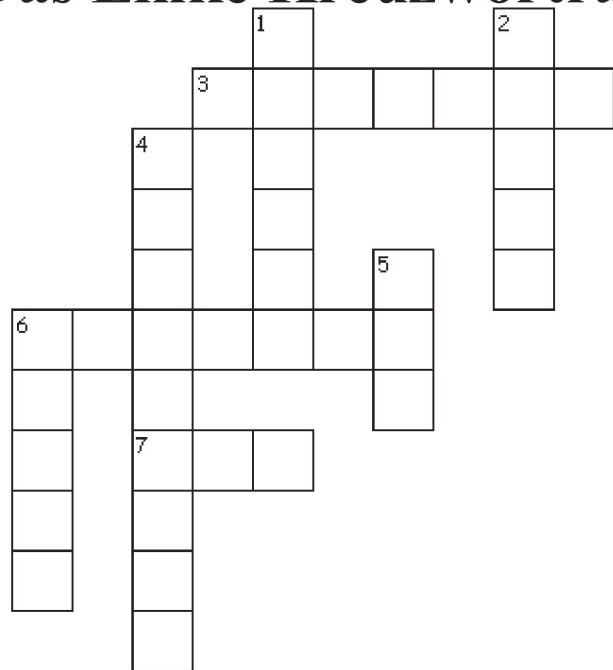


Impressum:
V.i.S.d.P:
DIE LINKE Kreisverband Krefeld
Heidrun v. d. Stück
Alte Linner Strasse 85
47799 Krefeld

**Stammtisch: Jeden zweiten Mittwoch
im Monat um 19:00 Uhr Alte Linner
Straße 85**

**Wahlkreisbüro DIE LINKE. Krefeld
Alte Linner Stasse 85
47799 Krefeld
Tel.: 02151/4461625
E-Mail: info@die-linke-krefeld.de**

Das Linke Kreuzworträtsel



Waagerecht

- 3. Kosenname von Magdalena Jans
- 6. Stadt am Linken Niederrhein
- 7. Bundesarbeitsgemeinschaft (Abk.)

Senkrecht

- 1. Vorname unserer Parteivorsitzenden
- 2. Vorname von Karl Marx' Ehefrau
- 4. dt. Politikerin (Rosa...)
- 5. Eine unserer Quellparteien
- 6. Vorname unseres Parteivorsitzenden

Bürozeiten:

**Dienstags: 16:00 - 19:00 Uhr
Freitags: 18:00 - 20:00 Uhr**

www.dielinke-krefeld.de